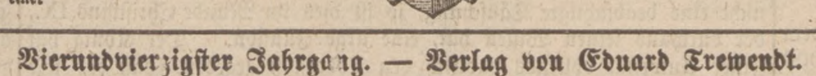
Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 604. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 28. Dezember 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Lüttich, 26. Dezbr. Das officiöse „Journal de Liège" schreibt: England unterhandle wegen einer Conferenz in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit in London, und versichert, die Unterhandlungen seien dem Abschlusse nahe.

[Wiederholt.] (Wolff's T. B.)

Rendsburg, 26. Dezbr. Das Militär ist eiligst beschäftigt, die aufgerichteten Pallisaden wieder niederzureißen. Es wird versichert, sechs holsteinische, im Frieden in Schleswig inkorporirte Dörfer nördlich der Eider, würden deutscherseits besetzt.

Altona, 26. Dezbr. Eine Bekanntmachung der Bundes-Commissarien spricht sich auf das Entschiedenste gegen Ausschreitungen aus, besonders gegen das Vorgreifen der Bundesentscheidung durch die Proklamirung des Augustenburgers und gegen willkürliche Beamtenabsetzung; sie fordert strenge Befolgung der ersten Bekanntmachung. Gegen Zeichen der Anhänglichkeit an das Augustenburg'sche Haus haben sie nichts einzuwenden. General Hake erhielt vom dänischen Generalstabschef die offizielle Anzeige, daß Rendsburg geräumt wird. Nach kopenhagener Privatnachrichten erklärte Hall den Gesandten Oesterreichs und Preußens, daß er sie nicht mehr als Mitglieder des Diplomatencorps betrachte; die Abreise der Gesandten erfolgte in Folge spezieller Ordre nicht. „Allehanda" schreibt: Die revolutionäre skandinavische Partei habe Agenten nach Stockholm geschickt. Neumünster und Oldesloe haben den Augustenburger zum Herzog von Schleswig-Holstein proklamirt.

[Angek. 27. Dezbr. Nachm.] (Wolff's T. B.)

Kopenhagen, 26. Dezember. Die „Berlingske" meldet: Der König hat den Dampfer „Schleswig" beordert, sich segelfertig zu machen, um ihn nach Beendigung der Ministerkrisis nach Schleswig überzuführen. Die Einberufung des Reichsrathes wird nur mit Gegenzeichnung der Minister erfolgen. Die Aufforderungen Englands und Rußlands unterstützt auch Frankreich. Die Ministerkrisis ist unverändert. Der König nahm die Entlassung der Minister noch nicht endgiltig an.

Im Leitartikel des „Dagbladet" heißt es: Der König kann jetzt nur noch durch Einräumung eines Staates „Schleswig-Holstein" seine deutschen Unterthanen gewinnen und die von Deutschland drohenden Gefahren abwenden. Jede andere Nachgiebigkeit gegen den Süden macht den König machtlos und beraubt ihn dänischerseits des Vertrauens und der Hingebung, ohne welche der Kampf hoffnungslos ist.

[Angek. 27. Dez. Abends.] (Wolff's T. B.)

Warschau, 27. Dezember. Heut wurde in der Krakauer-Vorstadt vor dem Grodzicki'schen Hause ein Mordversuch auf ein Mitglied der Untersuchungs-Commission gemacht. Der Thäter ist unermittelt. Den Einwohnern ist die Räumung des Hauses anbefohlen worden.

[Angek. 27. Dez. Abends.] (Wolff's T. B.)

Elmshorn, 27. Dez., Abends 6 Uhr. An zwanzigtausend Unterthanen haben soeben unserem Landesherrn gehuldigt. Wohl an 4000 Personen aus dem Ditmarschen, Kiel, Rendsburg und Land Oldenburg kommen erst eben nach der Huldigung an, weil es an Beförderungsmitteln gefehlt.

Altona, 27. Dez., Vormittags. Der „Altonaer Mercur" enthält folgende Nachrichten: Die Dänen ziehen sich Schritt vor Schritt vor den Bundestruppen zurück. In Elmshorn hielten vorgestern zwei Kompagnien Dänen den Bahnhof so lange besetzt, bis zwei Schwadronen Sachsen anlangten. Die Letzteren übernachteten am Orte und in ihrer Gegenwart wurde Herzog Friedrich proklamirt. Die in Schleswig liegenden, aus den nördlichen Theilen des Herzogthums rekrutirten Bataillone sollen offen erklärt haben, daß sie auf die Deutschen nicht schießen würden. In Rendsburg war am 25. das Militär eifrig beschäftigt, die aufgepflanzten Pallisaden wieder wegzunehmen. Man sagt allgemein, die sechs nördlich der Eider belegenen, ursprünglich zu Holstein gehörigen Dörfer, die im Frieden Schleswig einverleibt worden, sollten von den Bundestruppen besetzt werden. Die Zolleinrichtungen sind in Verwirrung. In Glücksstadt hat am 25. d. eine Versammlung der Stadtbehörden den Herzog Friedrich proklamirt. Man sagt, auf Anordnung des dänischen Generals Steinmann würde am 27sten d. M. mit den Eisenbahnen vom Norden her nur eine beschränkte Personenbeförderung stattfinden.

Preußen.

Berlin, 24. Dez. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Oberstlieut. a. D. v. Blücher zu Stolp, dem Stadtgerichts-Rath Gaedeke zu Königsberg i. Pr., dem Steuer-Einnehmer Dietz zu Suhl im Kreise Schleusingen, den evangelischen Pfarrern Große zu Groß-Osterhausen im Kreise Querfurt und von der Heyden zu Geldern, den katholischen Pfarrern Holl zu Capellen im Kreise Geldern und Brüel zu Geldern, den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Landrentmeister Geheimen Rechnungsrath Sturtzel zu Posen den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Steuer-Einnehmer a. D. Kamminsky zu Lüdinghausen und dem Apothekenbesitzer Dannenberg zu Jüterbog den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Steuer-Aufseher Alte zu Düsseldorf, dem Regierungs-Kanzleidiener Schietsch zu Köln, dem Thorwärter Adam Witzel bei der königlichen Porzellan-Manufactur zu Berlin, dem Postillon Gramzow zu Berlin und dem Nachtwächter Gottlob Urban zu Sudenburg-Magdeburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den großherzoglich mecklenburgischen Ober-Medizinalrath und Professor Dr. Gustav Veit in Rostock zum ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität zu Bonn mit dem Charakter als Geheimer Medizinal-Rath, und den Stadtgerichts-Rath Eimbeck hierselbst zum Kammergerichts-Rath zu ernennen; den Ober-Bauinspectoren Herrmann zu Liegnitz, Koch zu Posen und Fessel zu Oppeln den Charakter als Baurath, sowie dem Geheimen Registrator im Geheimen Civil-Cabinet, Ernst Friedrich Gustav Frese, den Charakter als Kanzlei-Rath, und den Ober-Postkassen-Rendanten Bartling in Minden und Conradi in Breslau den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Bekanntmachung. In dem Postverkehr mit den zu Bundeszwecken mobil gemachten, nach dem Auslande abgerückten preußischen Truppentheilen werden: gewöhnliche Briefe und Geldbriefe mit deklarirten Einlagen bis 50 Thlr. einschließlich, hin- wie herwärts und ohne Unterschied des Dienstgrades des Empfängers oder Absenders frei von Porto befördert. Die Adresse muß den Vermerk: „Feldpostbrief" tragen und bei Sendungen an Militärs und Militärbeamte genau angeben, zu welchem Regimente, welchem Bataillon, welcher Compagnie (oder sonstigem Truppentheile) der Empfänger gehört, welchen Grad und Charakter oder welches Amt bei der Militär-Verwaltung derselbe hat. — Unter welchen Bedingungen sonstige Arten von Post-Sendungen im Verkehr mit jenen Truppentheilen bis auf Weiteres stattfinden können, darüber ist jede preußische Postanstalt mit einer gedruckten Zusammenstellung versehen, welche auf Verlangen dem Publikum vorgelegt wird. Berlin, den 23. Dezember 1863. General-Postamt. Philippsborn.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Roedenbeck in Grünberg ist zum Rechtsanwalt bei dem Ober-Tribunal ernannt worden. Der Geheime Kanzlei-Assistent Wankelmuth ist zum Geheimen Kanzlei-Secretär im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachbenannten Offizieren die Erlaubniß zur Anlegung der von des Kaisers von Oesterreich Majestät ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: des Commandeur-Kreuzes des Leopold-Ordens: dem General-Major v. Werder, Commandeur der 8. Infanterie-Brigade; des Ritterkreuzes desselben Ordens: dem Obersten v. Bose, Chef der Abtheilung für die Armee-Angelegenheiten im Kriegs-Ministerium, sowie des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse: dem Oberst-Lieutenant Bichler, Genie-Director der Bundesfestung Mainz, und dem Major v. Erhardt, persönlichen Adjutanten des Prinzen Carl von Preußen königliche Hoheit.

Berlin, 24. Dezbr. [Die Besserung in dem Befinden Sr. Majestät des Königs] schreitet in erfreulichster Weise fort. Allerhöchstdieselben nahmen heute Vorträge von folgenden Herren entgegen: Um ¾12 Uhr von dem Kriegsminister und dem Vorstand des Militär-Cabinets, um ½2 Uhr von dem Minister des Innern, nach 2 Uhr von dem Minister-Präsidenten und gegen halb 5 Uhr von dem Minister des königl. Hauses.

[Beide königliche Majestäten] hatten gestern die Freude, Ihre königl. Hoheiten den Kronprinzen und die Kronprinzessin wiederzusehen, die in erwünschtem Wohlsein mit ihren Kindern hier hier eingetroffen sind und mit den hohen Eltern speisten. — Bei den königl. Majestäten findet heute, wie alljährlich, die Weihnachtsbescheerung zuerst für den Hof, dann für die königl. Familie im Palais statt. (St.-A.)

[Die weimarische Antwort auf die identische Note.] Wir entnehmen der von der weimarischen Regierung auf die identische preußisch-österreichische Note ertheilten Antwort folgenden wichtigen Passus:

Die großherzogliche Staatsregierung erlaubt sich nicht die Motive zu beurtheilen, welche die beiden deutschen Großmächte bestimmt haben, dem londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 beizutreten, und eben so muß sie dahingestellt sein lassen, ob ein europäisches Interesse ein solches Abkommen erfordert. Wenn eben dieses Abkommen selbst doch wesentlich nur auf den Satz zurückzuführen ist, daß die bestehende Rechtsordnung zu Gunsten eines Unberechtigten abgeändert, und daß eine unheilvolle Verbindung deutscher Länder mit dem Auslande auch nach deren rechtlicher Lösung nach beliebigem völkerrechtlichen Ermessen auf unbestimmte Ferne verlängert werden darf, und wenn dem gegenüber die k. k. österreichische (k. preußische) Regierung in der mehr gedachten Rede sagt, daß der Bund, wenn er seine Stellung in Europa wahren wolle, die letztere in europäischen Fragen auch vom europäischen und politischen Gesichtspunkte auffassen müsse, so will es der großherzoglichen Staatsregierung scheinen, als ob das hierinnen ausgesprochene Princip ein solches sei, welches alle deutschen Regierungen, mindestens diejenigen, deren Existenz nicht auf der Macht, sondern allein auf dem Rechte beruht, auf das Entschiedenste zurückzuweisen haben. Man hat es hier zu allen Zeiten bereitwillig anerkannt, daß eine engere Verbindung von Staaten ganz verschiedener Größe, wie sie der deutsche Bund bildet, dauernd nicht erhalten werden könne, wenn nicht der Machtstellung eine in der Natur der Sache liegende Berücksichtigung zu Theil wird. Unmöglich aber kann ein solcher Grundsatz, wenn nicht die Grundlagen des Bundes erschüttert werden sollen, so weit geltend gemacht werden, daß ältere Verträge durch neuere Abkommen nach dem Ermessen einzelner Bundesglieder abgeändert werden dürften, wie dies der Fall sein würde, wenn man annehmen wollte, daß der londoner Vertrag den deutschen Bund derjenigen Pflichten entbinden könnte, welche ihm gegen Deutschland und dessen einzelne Theile obliegen, daß die Ausübung dieser Pflichten unter Umständen, wie sie hier vorliegen, zu den bedauerlichsten europäischen Complicationen führen kann, daß diese für Deutschland von den bedauerlichsten Folgen sein würden, wird von der großherzoglichen Staatsregierung durchaus nicht verkannt, und sie ist sich der ihr obliegenden Pflichten gegen das Großherzogthum zu lebhaft bewußt, um nicht nach ihren Kräften auf jede zulässige Weise solche Eventualitäten fern zu halten. Sie kann sich aber von der Ueberzeugung nicht trennen, daß auch die schwerste kriegerische Verwicklung bei Weitem das kleinere Uebel im Verhältniß zu den ernsten Gefahren sein würde, welchen Deutschland und alle seine einzelnen Staaten entgegengehen würden, wenn die wohlbegründeten Forderungen des Rechtes den vorausgesetzten Rücksichten auf ein europäisches Interesse zum Opfer gebracht werden könnten.

[Die Disciplinirung des Geh. Rath Jacobi.] Das mehrerwähnte Schriftstück, welches Geh. Rath Jacobi an den Geh. Rath Engel gesandt und das aus einem Briefe des Dr. Amelung in Stettin und aus einer Nachschrift des Geh. Raths Jacobi besteht, wird jetzt von der „Zdl. Corr." mitgetheilt und lautet darnach, wie folgt:

„Stettin, den 3. Juni 1863. Hochgeehrter Herr! Glauben Sie mir, daß ich ununterbrochen thätig gewesen bin, der betreffenden Notiz Aufnahme in eine ansehnliche Zeitung zu verschaffen. Sie haben keine Ahnung, wie schwer dies ist; die eigentlich gewerbsmäßigen Blätter nehmen sie nicht aus den Gründen, die Sie selbst ganz richtig andeuten, und die größeren in eine andere Kategorie gehörenden Blätter nicht, weil sie Scandal von sich fern halten wollen. Wenn ich die Ehre habe, Sie zu sehen, gestatte ich mir, Ihnen die Irrfahrten zu erzählen, die ich gemacht habe und stets vergeblich gemacht habe. Das Einzige, was ich habe erreichen können, ist, daß die hiesige „Ostsee-Zeitung" in der heutigen Abend-Nummer eine Notiz bringt, aber auch diese nur ganz kurz und objectiv dahin, daß verschiedene englische Lebensversicherungs-Gesellschaften in neuester Zeit bezüglich ihrer Solidität eine scharfe Kritik erfahren haben und daß die Staatsregierung daraus Veranlassung genommen habe, namentlich die Verhältnisse der „Great Britain" und der „Albert" untersuchen zu lassen. Ich bedauere selbst sehr lebhaft, daß nicht mehr zu erreichen war, werde aber nun doch versuchen, ob ich vielleicht die Notiz der „Ostsee-Zeitung" in die „National-Zeitung" bringen kann. Selbst hierfür aber habe ich wenig Hoffnung. Mit 2c. Ihr ergebenster Dr. Amelung.

Ein neuer Beweis, wenn es dessen noch bedürfte für die Nothwendigkeit, ein charaktervolles Organ des Versicherungswesens bei uns in Deutschland hervorzurufen. Ich habe inzwischen schon, anschließend an unsere neuliche Besprechung dieses Gegenstandes, bei Herrn Finanzrath Hopf angeklopft und ihn gebeten, sich für denselben bei der bevorstehenden Zusammenkunft der Versicherungs-Statistiker zu interessiren. Wollen Sie die Güte haben, vielleicht diese Amelung'sche Mittheilung brevi manu notitiae causa an Herrn Hopf gelangen zu lassen. Ich werde Sie heute gegen Abend, doch vielleicht erst spät, aufsuchen, ich fühle mich durch den frechen Bruch der Verfassung, durch die jetzt weltkundige Schmach, daß unser Vaterland gestrichen ist aus der Liste der Verfassungs-Staaten selbst körperlich sehr angegriffen. Aber unsere Zeitungen: hat denn keine den Muth, das Wort „Eidbruch" auszusprechen!! Keine, auch nur mit drei Zeilen klärlich nachzuweisen, daß dieses gesetzgeberische Machwerk der Verfassung Hohn spricht und in seinen Consequenzen sie vernichtet. Ihr bekümmerter L. J. 4. Juni."

= **Berlin,** 27. Dezbr. [Die Angelegenheit des Geh. Rath Jacobi.] Einen überaus unerquicklichen Eindruck macht die Angelegenheit des Geh. Rath Jacobi, der, wie aus Allem hervorgeht, als ein Opfer feudaler Verfolgungssucht um Amt und Brodt kommen wird. Die Sache war längst bekannt, aber Jedermann hütete sich, davon zu sprechen, da selbst der Minister des Innern gewillt gewesen sein soll, die ganze Frage schlummern zu lassen. Da mahnte die feudale Correspondenz durch die Mittheilung, die Disciplinar-Untersuchung sei eröffnet, an die Wiederbelebung der Sache. Die Untersuchung wurde nun eingeleitet und da brachte denn auch die feudale Correspondenz und nach ihr einige geachtete Zeitungen den Wortlaut des incriminirten Briefes. Heute bringt die „Spenersche Zeitung" offenbar aus berufener Feder folgenden höchst beachtenswerthen Artikel:

„Wir sind in den Stand gesetzt, über die Art der Entwendung des in unserer letzten Nummer wörtlich mitgetheilten Briefes (s. oben) des Geh. Raths Jacobi an den Geh. Rath Dr. Engel, die zuverlässigsten Aufklärungen zu geben.

Der Brief, um welchen es sich handelt, war kein amtlicher, sondern ein Privatbrief; er befand sich in keinem amtlichen, sondern in einem Privat-Aktenstück, und die Copie ist von demjenigen Subalternbeamten des k. statistischen Bureaus heimlich genommen worden, dem er, wie manche andere Privat-Schriftstücke, deshalb allein zugänglich war, weil Dr. Engel ihm sein ganzes Vertrauen schenkte. Zum Beweise dieses Vertrauens war ihm vor circa einem Jahre die Stelle eines Bureau-Vorstehers interimistisch übertragen und seine materielle Lage sehr ansehnlich verbessert worden. Mit Rücksicht auf ein solches Vertrauen hätte von jedem Bureau-Vorsteher, welcher Gesinnung er auch sei, erwartet werden müssen, und muß es stets und überall da, wo der Chef in seiner großen Wirksamkeit leicht etwas übersehen kann, erwartet werden, daß der Vorsteher ihm zu Gesicht kommende Secretnotizen Dritter, namentlich wenn sie letzteren durch Mißbrauch nachtheilig werden könnten, dem Chef sofort zurückstellt; denn er muß wissen, daß weder sein Chef noch sonst Jemand das Recht, viel weniger also die Pflicht hat, Aeußerungen, die unter dem Siegel des Briefgeheimnisses gemacht sind, meuchlings der Oeffentlichkeit Preis zu geben oder zu denunciren. Leider ist dieses Vertrauen in dem vorliegenden Falle schmählich vergolten worden. — Der Hergang der Briefentwendung ist übrigens längst entdeckt; er ist in dem folgenden reumüthigen Bekenntnisse ausgesprochen, das der betreffende Beamte einige Tage nach seinem mündlichen Geständnisse deshalb von sich gab, damit über den Wortlaut desselben jetzt und in Zukunft keinerlei Zweifel entstehen; die Veröffentlichung geschieht mit seiner ausdrücklichen Genehmigung.

„Ende Juni oder Anfang Juli d. J. übergab mir der Director des königl. statistischen Bureaus, Herr Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Engel, eine große Anzahl auf den damals bevorstehenden statistischen Congreß bezüglicher Briefe mit dem Auftrage, dieselben zu ordnen, in ein Heft zu bringen und ein Register für sie anzulegen. Unter diesen Briefen befand sich einer von dem Dr. Amelung und auf der noch leeren Seite des Bogens eine Hinzufügung von der Hand des Geh. Regierungsraths Jacobi. Ich bekenne, von diesem Briefe Anfang Juli eine Abschrift genommen und sie an Herrn George Lewine, Jägerstraße Nr. 61a., gegeben zu haben. Bei diesem Manne habe ich nämlich seit ca. 12 Jahren während meiner dienstfreien Zeit, und zwar täglich von 4 bis 7 Uhr Nachmittags gearbeitet. Als ich ihm die Abschrift übergab, warf er sie auf den Tisch mit den Worten, daß er sie später lesen wolle; beim Zurückfordern am Schluß der Arbeitsstunden sagte er mir, ich möchte sie ihm bis morgen lassen; er habe noch nicht Zeit gehabt, sie zu lesen. Später enthielt er sie mir unter allerhand Vorwänden vor, und als ich zuletzt dringend wurde, behauptete er, sie zerrissen zu haben. Seit dieser Zeit lebte ich in steter Angst, stellte ihm vor, daß er mich doch nicht unglücklich machen würde; ich erinnerte ihn an die Dienste, die ich ihm geleistet, an meine zahlreiche Familie 2c., worauf er mir die bündigste Erklärung gab, daß der Brief nicht mehr existire, er doch mir nicht Schaden oder Unglück zufügen würde. Juli und August waren hierüber vergangen und ich vertraute seinen Zusicherungen. Da, gerade in den Tagen des statistischen Congresses, ich glaube am 8. September, kam Lewine, der Mitglied des Congresses war, zu mir und sagte: „Hören Sie, ich werde von dem Geh. Rath Jacobi in Geschäftssachen sehr hart bedrängt, ich habe die Abschrift des Briefes noch, ich muß und werde Gebrauch von demselben machen, um endlich Ruhe zu haben." Ich war wie vernichtet bei dieser Eröffnung; ich habe gedroht, gebeten, alles Mögliche gethan, wir gingen aber ohne Resultat auseinander. Seit dieser Zeit hat er fortwährend an mir herumgearbeitet und geradezu die Herbeischaffung des Original-Briefes unter Drohungen verlangt; er hat mir 200 Thaler geboten, die ich, so wie jedes fernere Gebot, auf das Entschiedenste abgelehnt habe. Als mir das Geldgebot gemacht war, entdeckte ich mich sofort dem Kassirer des Lewine mit den Worten: „Denken Sie, der S....t bietet mir Geld für die Auslieferung des und des Briefes." Einige Tage nach dem mir gemachten Geldgebote, etwa Anfang November, rief mich Lewine wieder in sein Zimmer und redete mich an: „Sie werden wieder aufbrausen, aber das hilft nun nichts mehr. Ich bin bei dem Justizrath Wagener gewesen, der diese Sache anhängig machen wird; wenn Sie auch nun den Brief nicht herausgeben wollen, Sie müssen dies jetzt thun und ihn mir bringen." Ich lehnte die Fortnahme des Briefes ab und sagte, ich würde selbst zu dem Hrn. Wagener gehen. Diesem habe ich dann den ganzen Sachverhalt vorgestellt, unter Thränen vorgestellt, ihm die schreckliche Lage geschildert, in die ich mit Frau und 6 Kindern gerathen würde, wenn von dem durch mich verrathenen Brief Gebrauch gemacht würde. Hr. Wagener sagte mir ungefähr wörtlich: daß er keinen Druck auf mich ausüben wolle, daß er es aber für meine Pflicht halte, anzuzeigen, wenn mir gegen das kgl. Staatsministerium gerichtete Briefe zu Gesicht kämen; daß ich dem Ministerium einen Dienst leiste; mein Name solle nicht genannt werden und es solle mir nichts geschehen. Hiernach habe ich angegeben, wo sich der Originalbrief befindet. Ich bin bereit, diese meine Aussage zu beschwören.

Berlin, den 2. Dezember 1863. Keyser."

Nachschrift. „Ueber den vorstehend in Rede stehenden Brief habe ich nie eine andere Ansicht gehabt und konnte gar keine andere haben, als daß derselbe ein reiner Privatbrief sei. Es geht dies zu unzweifelhaft aus seinem ganzen Inhalt hervor, auch trägt er keine irgend welche Adresse. Daß der von Lewine unternommene Schritt lediglich ein Act persönlicher Rache gegen den Herrn Geh. Rath Jacobi sein sollte, ist nach den mir bekannten Verhältnissen ganz unzweifelhaft, auch hat er sich in diesem Sinne zu mir ausgesprochen. Als er mir von dem Herrn Wagener sprach, sagte er mir, dieser habe ihm die Worte geäußert: „Gerade den (G. R. Jacobi) wollen wir." Auch mir gegenüber hat sich Herr Wagener ähnlich geäußert.

Keyser."

Man weiß in der That nicht, wer die ehrenwertheste Rolle in der ganzen Angelegenheit gespielt hat. Allem Anschein nach leben wir wieder einmal in einer Periode, in welcher ein Walesrode eine politische Umschau, leider aber noch keine Todtenschau schreiben könnte!

[Gegen Hrn. v. Massenbach], (Landrath), hat der Abgeordnete Dr. Langerhans in diesen Tagen eine Injurienklage wegen wiederholter öffentlicher und nichtöffentlicher Verleumdung dem Gerichte eingereicht. Als Zeugen sind viele und darunter recht namhafte Persönlichkeiten des pinner und birnbaumer Kreises vorgeschlagen.

[Beschlagnahme.] Die gestrige Nr. 301 der „Volks-Zeitung" ist ohne Angabe eines Grundes polizeilich mit Beschlag belegt worden.

[Das Dezember-Heft der „Preußischen Jahrbücher"] von R. Haym, Berlin, Verlag von Georg Reimer, ist confiscirt worden.

Deutschland.

Frankfurt, 24. Dezbr [Anerkennung.] An den Vorsitzenden des Centralausschusses der Abgeordneten für Schleswig-Holstein, Hrn. Dr. S. Müller, ist von Wandsbeck die oben abgedruckte Depesche als Privatdepesche zugegangen mit dem Zusatz: „Erster Schritt geschehen, auf Euch sind unsere Blicke gerichtet." — Ebenso ging Hrn. Dr. S. Müller folgendes Telegramm zu: „Dank den deutschen Abgeordneten für die warme Vertretung der öffentlichen Meinung. Wien. Burschenschaft Libertas."

In Sachen Schleswig-Holsteins.

Stuttgart, 21. Dezember. [Die Offiziere der Ludwigsburger Garnison] haben kürzlich ihren Sympathien für die Sache der Herzogthümer bei Gelegenheit einer sogenannten Garnisonsversammlung in Gegenwart Höchstcommandirender einen stürmischen Ausdruck durch laute Rufe „Schleswig-Holstein!" und durch das Schleswig-Holstein-Lied gegeben.

Frankfurt a. M., 23. Dez. [Für Schleswig-Holstein] ist dem neugebildeten Centralausschusse eine erste Gabe in der Höhe von 3000 Gulden zugeflossen. Der Geber, ein oberfränkischer Gutsbesitzer (Prieger auf Schloß Gereuth), will fortan jeden Monat 1000 Gld. senden.

Kassel, 23. Dez. [Für Schleswig-Holstein.] Die Ständeversammlung hat in der heutigen Sitzung eine Adresse einstimmig angenommen, in welcher der Kurfürst ersucht wird, „den Herzog Friedrich anzuerkennen und unbeirrt durch fremde Einflüsse das gute Recht der Herzogthümer am Bundestage zu wahren. Die Stände wollen alle zur Durchführung einer nationalen Politik erforderlichen Mittel freudig bewilligen."

Aus Thüringen, 23. Dez. [Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein] ist aus München wieder in Gotha eingetroffen. Wir können mit Bestimmtheit versichern, daß die Regierung des Königs von Baiern die Hoffnung des eignen und des gesammten deutschen Volkes auf eine kräftige Unterstützung der schleswig-holsteinischen Sache nicht zu Schanden machen wird. Uebrigens war, wie wir hören, schon vor Ankunft des Herzogs in München der fürstlich waldecksche Geh. Rath v. Stockhausen in gleichem Sinne dort thätig. Der Genannte, der sich mit der Genehmigung seines Fürsten dem Herzog zur Verfügung gestellt hat, begab sich im Auftrag des Herzogs nach München, um ein Schreiben desselben an den König von Baiern zu überreichen und mit der Regierung in Verhandlung zu treten. Gegenwärtig befindet sich Hr. v. Stockhausen wieder in Gotha.

In verschiedenen Zeitungen liest man die Notiz, daß der Erbprinz von Reuß j. L., als Gesandter des Herzogs von Schleswig-Holstein in Paris dem Kaiser Napoleon ein Schreiben desselben überreicht hat. Dies ist, wie wir aus guter Quelle erfahren, insofern unrichtig, als der Erbprinz von Reuß sich weder als Gesandter des Herzogs von Schleswig-Holstein, noch als Ueberbringer eines Schreibens desselben nach Paris begeben habe; dagegen ist es wohl möglich, daß derselbe bei seinem letzten Aufenthalt in Paris, zumal er, wie wir wissen, dem Herzog persönlich befreundet ist, Anlaß genommen hat, die schleswig-holsteinsche Angelegenheit vom deutschen Standpunkte zu beleuchten.

Dresden, 24. Dez. [Der Staatsminister Frhr. v. Beust] ist heute Vormittag von München zurückgekehrt.

Dresden, 24. Dez. [Die sächsischen Executionstruppen.] Eingegangener telegraphischer Meldung zufolge hat gestern die königlich sächsische mobile Armeebrigade die lauenburgische Grenze überschritten und ist bis Schwarzenbeck (im Lauenburgischen, etwa 3 Meilen von Boitzenburg) vorgerückt; auch ist Altona von den Sachsen besetzt worden. Außer den sächsischen Truppen und dem mit ihnen vereinigten königl. hannoverschen Husarenregimente werden weitere Bundestruppen, wie wir vernehmen, für jetzt in den Herzogthümern nicht einrücken. Der Gesundheitszustand der eingerückten Truppen ist vortrefflich. — Nach weiteren telegraphischen Meldungen vom heutigen Tage setzt die königlich sächsische Brigade heute ihren Marsch nach Oldesloe fort. Das Stabsquartier ist in Trittau (in Holstein, etwa 3 Stunden von Schwarzenbeck). (Dr. J.)

Hamburg, 23. Dez. [Die Oesterreicher und die Sachsen.] Die Energie des sächsischen Generals v. Hake hat den österreichischen General Gondrecourt in seine Schranken zurückgewiesen. Aus Hamburg wird der „Weser-Ztg." berichtet: „Heute sind den getroffenen Bestimmungen gemäß die hannoverschen Executionstruppen durch Hamburg marschirt und auf dem hamburgschen Landgebiet einquartirt, um demnächst in Holstein einzurücken. Diesem Einrücken der hannoverschen und sächsischen Executionstruppen in Holstein hat der hier in Hamburg das österreichische Reservecorps befehligende General Gondrecourt Prävenire spielen und den Bestimmungen des Bundestags eine vollendete Thatsache entgegenstellen wollen. Diese Nacht wurde urplötzlich ein Theil der österreichischen Truppen alarmirt und rückte gegen Altona vor, das gleichzeitig von den Dänen geräumt wurde. So hatten der österreichische General und der dänische Commandant von Altona, Oberst Scharfenberg, unter Beirath und Mitwirkung des Herrn Willomoës-Suhm die Sache arrangirt. Rechtzeitig erhielt jedoch noch General v. Hake, der Oberbefehlshaber des Executionscorps, von diesem Manöver seines Untergebenen Kunde, und die österreichischen Truppen mußten, ohne Altona betreten zu haben, kehrt machen. Inzwischen ließ jedoch der österreichische General die schon eine Stunde etwa von Altona entfernten Dänen von dem ihm gewordenen gemessenen Befehle unterrichten, so daß auch diese wieder kehrt machten und in Altona wieder einzogen."

Altona, 27. Dez. [In der Bekanntmachung der Bundescommissarien], welche ihr Bedauern über die vorgekommenen Störungen der Ordnung ausspricht, heißt es des Weiteren: Nicht nur, daß man so weit gegangen ist, anstatt die Entscheidung des Bundes zu erwarten, durch aufgeregte Versammlungen den Erbprinzen Friedrich als Herzog von Holstein förmlich proclamiren zu wollen, hat man anderwärts in strafbarer Nichtachtung der Gesetze verfassungsmäßig eingesetzte Behörden außer Thätigkeit setzen und unseren Entschließungen wegen Entlassung von Beamten, welche kein Vertrauen genießen, durch gewaltsame Entfernung derselben vorgreifen wollen.

Haben wir auch Kundgebungen der Anhänglichkeit und Liebe für das augustenburger Haus, so lange es dabei bleibt und die gesetzlichen Schranken innegehalten werden, nicht entgegenzutreten, so können doch derartige bedrohliche, gegen die Autorität des deutschen Bundes gerichtete Ausschreitungen, sowie Angriffe auf die Person einzelner Beamten in keiner Weise geduldet werden und müssen wir mit allem gesetzlichen Nachdruck der Wiederholung ähnlicher Vorgänge zu steuern und die Schuldigen zur Verantwortung und gesetzlichen Strafe zu ziehen uns verpflichtet halten. Wir erwarten, daß diese Warnung genügen werde, um die Bevölkerung in den Grenzen der Gesetzlichkeit zu erhalten.

Elmshorn, 27. Dez. [Die Volksversammlung.] Aus allen Theilen des Landes ist hier eine unabsehbare Menge zusammengeströmt. Tausende haben aus Mangel an Beförderungsmitteln zurückbleiben müssen. Die Versammlung wurde unter Choralgesang eröffnet; Rave aus Itzehoe und Wiggers aus Rendsburg beantragten Namens des Landes-Comite's eine Adresse an den Herzog, in der es unter Anderem heißt: Soweit Schleswig-Holstein von den feindlichen Truppen geräumt ist, haben Stadt und Land die heutige Volksversammlung beschickt. Von den hier versammelten schleswig-holsteinischen Staatsbürgern sind Ew. Hoheit unter unermeßlichem Jubel als rechtmäßiger Landesherr, als Herzog von Schleswig-Holstein feierlich ausgerufen worden. Welche Opfer es kosten mag, das Land wird sie bringen. Diese Adresse wurde einmüthig jubelnd angenommen. Metz aus Darmstadt brachte Namens des engeren Ausschusses in Frankfurt die Zusicherung, daß das deutsche Volk bereit sei, mit Gut und Blut für Schleswig-Holstein einzustehen. Unter unermeßlichem Jubel brachte Wiggers als Antwort ein Hoch auf das freie einige Deutschland aus. Die Versammlung wurde in größter Ordnung mit jubelnden Hochs auf den Herzog geschlossen.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Dez. [Der König als Gefangener.] Der König hat sich gegen Offiziere dahin geäußert, er hoffe, daß der Friede auf verfassungsmäßige Weise erhalten bleiben werde. Aber wenn nicht eine beabsichtigte Täuschung, so ist dies im Munde Christians IX., der durchaus keinen Willen hat, eine arge Illusion. Der König hat seiner Autorität vollends dadurch den Todesstoß gegeben, daß er, wie die „Berlingske Tidende" schon vorgestern meldete und gestern wiederholte, in nächster Woche zur Armee nach Schleswig sich begeben wolle. Wir glauben nicht, daß der königliche Gefangene jetzt sich von Kopenhagen entfernen darf; wenn er dies aber dennoch thut, wird man in Kopenhagen nicht dazwischen den Prinzen Oskar, Bruder des Königs von Schweden, zum Könige von Dänemark ausrufen? So kann der 24. Dezember 1863 nicht blos für die Herzogthümer durch die Proklamirung des Herzogs Friedrichs VIII. von Schleswig-Holstein und den Einzug der Sachsen und Hannoveraner, sondern auch für die Dänen ein weltgeschichtlich denkwürdiger Tag werden."

Schweden.

** **Stockholm**, 23. Dez. [Merkwürdige Enthüllung. — Isolirtheit des kopenhagener Kabinets. — Deutschfreundliche Erklärung der amtlichen „Post-Tidning."] Die hiesige „Nya dagligt Allehanda" bringt mit außergewöhnlichen Lettern folgende merkwürdige, indeß zugleich bedeutsame Notiz: „Wir rathen inzwischen den dänischen Behörden, auf die dänischen Ultra-Skandinaven, über deren geheime Pläne uns das Eine oder das Andere bekannt ist, ein wachsames Auge zu richten. Es dürfte vielleicht der dänischen Regierung unbekannt sein, daß ein mit skandinavischer Vollmacht ausgerüsteter Emissär aus Kopenhagen hier in Stockholm mehrere Tage hindurch in einem so abenteuerlichen Auftrage verweilte, daß kein Däne sich die Uebernahme dieser Mission zugetraute, weshalb die Ausführung derselben einem augenblicklich in Kopenhagen ansäßigen Schweden übertragen wurde." — Mit Rücksicht auf das bekannte stockholmer Telegramm des kopenhagener „Faedrelandet", demzufolge Schweden-Norwegen Dänemark im Falle eines Krieges mit Deutschland 22,000 Mann Truppen zur Hilfe schicken würde, bemerkt die „Nya dagligt Allehanda:" „Wie kann es möglich sein, daß Jemand in dem Grade von Ehre und Gewissen entblößt ist, daß er eine solche Unwahrheit zu verbreiten wagt? Es findet sich nicht einmal ein Schein dafür, daß der Absender des Telegramms in bona fide hat gewesen sein können, aber außer dem Mangel des geringsten Begriffes über das Gebot der Ehre, nicht zu lügen, ist er zu gleicher Zeit gewissenlos genug, mit dem Unglück zu scherzen, denn Anderes ist es nicht, wenn man einem Volke, welches sich in einer so traurigen Stellung befindet, wie zur Zeit Dänemark, Hoffnungen einflößt, von denen man weiß, daß sie ganz und gar falsch sind." Es wäre demnach keine Möglichkeit einer Vereinbarung zwischen den skandinavischen Mächten zum Nachtheile Deutschlands vorhanden. — Die Behauptung des stockholmer „Aftonbladet", es sei allgemein bekannt, daß erst nach empfangener Nachricht von der gefährlichen Erkrankung des Königs Friedrich VII. auf telegraphischem Wege der Befehl gegeben worden sei, die für die Genehmigung des dänisch-schleswigschen Verfassungsgesetzes vom 18. v. M. reservirte Unterzeichnung des vorbereiteten Bündnisses nicht auszuführen, wird heute von der amtlichen „Post-Tidning" widerlegt. Das Regierungsorgan sagt u. A.: „Wir können erklären, daß behufs Unterzeichnung des Tractats niemals Vollmachten ausgefertigt wurden und auch nicht wohl ausgefertigt werden konnten, weil die Instructionen weder Sr. Majestät vorgetragen noch genehmigt waren, wie denn auch kein unterzeichnetes Telegramm um Aufschub abgegangen ist oder in Anbetracht der jetzt bekannt gewordenen Verhältnisse hätte abgesandt werden können."

Großbritannien.

* **London**, 22. Dez. [Friedensaussichten für Amerika. — Amtsentsetzung.] Die in Liverpool erscheinende „Daily Post" schreibt: „Wir glauben versichern zu können, daß Lord Lyons aus Washington in einer Depesche an Lord Russell erklärt hat, der amerikanische Krieg werde in den nächsten drei Monaten zu Ende sein. Die Conföderirten seien in solcher Bedrängniß, daß sie sich in kürzester Frist dazu genöthigt sehen würden, einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Wir setzen in unseren Gemährsmann das allerhöchste Vertrauen. Möglicherweise deutet Lincoln's Proclamation auf die Thatsachen hin, aus welchen Lord Lyons seine Schlußfolgerung gezogen hat." — Derselben Quelle entnehmen wir die Notiz, daß diejenigen auf den Regierungs-Werften in Sherneß angestellten Beamten, welche dabei geholfen haben, den Rappahannock zu einem Kriegsdampfer für die Conföderirten auszurüsten, wegen Verletzung der Landesgesetze aus dem Staatsdienste entlassen worden sind; daß ferner die zur Marine-Reserve gehörigen Personen, welche auf einem Conföderirten-Kaperschiffe Dienst genommen haben, von der Liste gestrichen, ihrer Löhnungen oder Pensionen für verlustig und des Wiedereintrittes in den britischen Dienst für unfähig erklärt worden seien.

Spanien.

Cadix, 22. Dezbr. [Von St. Domingo.] Das Dampfschiff Cuba hat Nachrichten aus St. Domingo bis zum 20. Nov. mitgebracht, welche die Niederlage der Insurgenten bestätigen, von denen eine große Zahl um Begnadigung bitten.

Rußland.

Unruhen in Polen.

\#\# **Warschau**, 26. Dez. [Massenverhaftungen. — Attentat. — Prozeßkosten.] Gestern sind viele junge Leute in den Straßen verhaftet und in die nächsten Bezirks-Polizei-Büreau's abgeführt worden. Dort mußten sie Namen, Wohnort etc. angeben; diejenigen, welche bei den Commissaren gar keinen Verdacht erregten, wurden sofort, Andere erst nach einer Revision all ihrer Kleidungsstücke freigegeben, und noch Andere sollen bis auf Weiteres in Haft bleiben. Jedoch ist die Zahl der Letzteren eine sehr geringe. Veranlaßt ist diese, seit einiger Zeit nicht mehr vorgekommene Massenverhaftung wohl durch das neuerdings wieder stattgehabte Attentat, nachdem man geglaubt hatte, daß solche von der Revolution bereits aufgegeben sind. Daß gerade der gestrige Tag dazu gewählt wurde, ist dadurch zu erklären, daß die Massenverhaftungen auf den Straßen fast immer nur an Feiertagen ausgeführt zu werden pflegten, wo die hand- und faustfesten Handwerker in den Straßen sich bewegen, unter welchen hauptsächlich die Executoren der Revolution gesucht werden. — Von den Hinterlassenen des in Siedlec am Galgen gestorbenen Gutsbesitzers Rawicz, Sohn des hiesigen Bankiers, wird nachträglich eine Summe von sechszigtausend Rubel Silber unter dem Titel von Prozeßkosten, eingefordert.

\# **Breslau**, 28. Dezbr. [Verfügung.] Von Seiten des königl. Regierungs-Vice-Präsidenten Herrn v. Götz ist unterm 18. Dez. 1863 an den Herrn Polizei-Präsidenten hier und die Herren Landräthe des Departements die nachstehende Verfügung erlassen:

„Wie Ew. Hochwohlgeboren bekannt ist, hat das Haus der Abgeordneten in seiner Sitzung vom 28. v. M. beschlossen: Behufs der Information des Hauses wegen der bei den letzten Wahlen vorgekommenen gesetzlichen Beeinflussung und noch fortdauernden Verfolgung der Wähler und Verkümmerung des verfassungsmäßigen Wahlrechts und der Wahlfreiheit preußischer Staatsbürger in Gemäßheit des Artikels 82 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 eine Commission von 21 Mitgliedern zur Untersuchung der Thatsachen einzusetzen und derselben aufzugeben, die geeigneten Ermittelungen vorzunehmen und dem Hause Bericht darüber zu erstatten. Auf höheren Befehl weise ich die sämmtlichen mittelbaren und unmittelbaren Behörden meines Ressorts an, den etwaigen Requisitionen jener Commission, welcher Art sie auch sein mögen, selbstständig keine weitere Folge zu geben, vielmehr die eingehenden Requisitionen mir zur beschleunigten weiteren Uebersendung an die betreffenden königl. Ministerien einzureichen. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, meine Anweisung zur Kenntniß und Nachachtung der Behörden in Ihrem Bezirk zu bringen und auch Sich selbst danach richten zu wollen."

△ [Beförderung.] Der bisherige commissarische Chef der hiesigen Bank, Herr Rendant Martins, ist allerhöchst zum königl. Bautdirector hier ernannt worden.

Breslau, 28. Dezbr. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Wallstraße Nr. 13 ein schwarzer Tuchrock mit Atlasfutter, zwei schwarze Tuchröcke mit Seide gefuttert, ein Paar schwarze Tuchhosen, ein brauner Ueberzieher mit kleinen weißen Punkten, ein Mannsrock von grauem Sommer-Bukskin, eine schwarz und hellgestreifte Sommerhose, eine dergleichen Weste, eine schwarzseidene Weste und zwei schwarze Knabenröcke, einer derselben von Tuch, der andere von wollenem Stoff mit Kittaifutter; auf dem Weihnachtsmarkte einer Landfrau aus der Tasche ihrer Kleider ein Portemonnaie mit 70 Thaler Inhalt; einer weiblichen Person während des Besuchs der Kreuzbergschen Menagerie ein Portemonnaie mit 1 Thaler 10 Sgr. Inhalt.

[Mortalität.] Im Laufe der verflossenen Woche sind excl. 2 todtgeborner Kinder, 72 männliche und 81 weibliche, zusammen 153 Personen als hierorts gestorben polizeilich gemeldet worden.

[Feuer.] Am 25sten d. M., Morgens gegen 5 Uhr, entstand in einer auf dem in der neu projectirten Verbindungsstraße zwischen der großen Feld-Gasse und der Brüderstraße belegenen Karkowskischen Grundstücke neuerbauten Wagenremise, in welcher sich fertige Tischlerarbeiten, rohe Bretter und Hobelspäne befanden, auf unbekannte Weise Feuer. Dies wurde indeß rechtzeitig durch den Revierwächter bemerkt und mit Hilfe der herbeigerufenen Feuerwehr binnen kurzer Zeit jede weitere Gefahr beseitigt. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 24. Dez. 10 U. Ab.	334,21	+0,2	W. 2.	Ueberwölkt.
25. Dezbr. 6 U. Mrg.	333,89	+1,0	SW. 1.	Bedeckt.
2 U. Nachm.	334,16	+4,5	W. 1.	Bedeckt.
10 U. Abds.	334,67	+3,4	W. 1.	Trübe.
26. Dezbr. 6 U. Mrg.	334,23	+3,0	W. 1.	Trübe.
2 U. Nachm.	333,09	+4,4	W. 0.	Trübe.
10 U. Abds.	331,92	+2,0	SW. 1.	Ueberwölkt.
27. Dezbr. 6 U. Mrg.	329,36	+2,6	S. 2.	Trübe.
2 U. Nachm.	326,60	+3,3	SW. 2.	Bedeckt.
10 U. Abds.	327,60	+1,2	W. 4.	Trübe.
28. Dezbr. 6 U. Mrg.	328,85	−0,4	W. 4.	Heiter.

Breslau, 28. Dez. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 6 Z. U.-P. 2 F. 7 Z.

\# **Breslau**, 28. Dezbr. Wind: West. Wetter: angenehm, kalt. Thermometer Früh 0° Wärme. Der Geschäftsverkehr war am heutigen Markte noch sehr beschränkt, Preise im Allgemeinen unverändert.

Weizen schwach beachtet, pr. 84 Pfd. weißer 52—67 Sgr., gelber 52—60 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen preishaltend, pr. 84 Pfd. 39—40—42 Sgr., feinster bis 43 Sgr. bezahlt. — Gerste schwer verkäuflich, pr. 70 Pfd. weiße 35—37 Sgr., gewöhnliche 30—34 Sgr. — Hafer fest, pr. 50 Pfd. 27—29 Sgr. — Erbsen wenig beachtet. — Wicken schwach beachtet. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein vernachlässigt. — Oelsaaten matt. — Rapskuchen fest, 48—52 Sgr. pr. Centner.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	53—62—67	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	52—57—61		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	39—41—43	Schlag-Leinsaat	150—165—185
Gerste	30—33—37	Winter-Raps	184—194—204
Hafer	26—28—30	Winter-Rübsen	173—180—193
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	145—155—167

Kleesaat — fest, — rothe ordinäre 10⅚—11⅙ Thlr., mittle 11⁵⁄₁₂ bis 12⅔ Thlr., feine 13—13⅓ Thlr., hochfeine bis 14 Thlr., — weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee fehlt, 6—8 Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 26—36 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Die heute Abend 11 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Marie**, geb. **Timm**, von einem munteren Mädchen beehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen. [6454]

Breslau, den 24. Dezember 1863. **Edward Heintze.**

Am 22. d. M. starb nach langen Leiden unser theurer Vater und Bruder, Herr Dr. **Adolph Schönborn**, praktischer Arzt in Bentschen. Dies zeigen wir Freunden und Verwandten mit der Bitte um stille Theilnahme an.

Bentschen, Posen, Krotoschin, Breslau. **Die Hinterbliebenen.**

Theater-Repertoire.

Montag, den 28. Dezbr. Gastspiel des Hrn. **Alexander Liebe**. Zum zweiten Male: **„König Karl XII."** Geschichtliches Trauerspiel in 5 Akten von Rud. Gottschall. (Karl XII., Hr. Alexander Liebe.)

Dinstag, den 29. Dez. Gastspiel des Hrn. **Alexander Liebe**. **„Ein Bräutigam, der seine Braut verheirathet."** Schwank in 1 Akt von Fedor Wehl. (Georg Holly, Hr. Alexander Liebe.) Hierauf: **„Orpheus in der Unterwelt."** Burleske Oper in 2 Akten und 4 Bildern mit Tanz von H. Cremieux. Musik von J. Offenbach.

Or. Schweidnitz, ☐ z. w. Eintracht:
31. XII. 2. J. Schl. F. ☐ I. Ab. 7. Schw. Krzch.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.